

Herrn  
Wolfgang Grüb  
- führendes Mitglied der BWA –

Bericht - wie angekündigt –

Die BWA hat in ihrer Wahlreklame geschrieben „Vernunft gegen Unvernunft“. Sie haben in der Sitzung vom 18.03.2012 Kritik über Hinweise in der Presse geübt. Deshalb will ich Sie auf einige Entscheidungen und Duldungen der BWA hinweisen, die eher unvernünftig als vernünftig sind. Durch Einiges entsteht fortlaufend Schaden. Einige Dinge wären reparabel. Warum wird das tatenlos geduldet? Der Gemeinderat hat doch die Pflicht, zum Wohl der Bürger zu handeln. Es ist nicht korrekt, wenn man den Bürgern schädliche Entscheidungen als vernünftig präsentiert. Bei folgenden Entscheidungen sind Bürgern Schaden und Nachteile entstanden. Sie sehen dadurch ihr Vertrauen missbraucht:

1. Ablehnung eines Kreisverkehrs beim Netto-Markt.
2. Bau von Urnengräbern im Friedhof Oberbrüden an der Stelle, wo eine kostengünstige Errichtung einer Aussegnungshalle möglich gewesen wäre. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Oberbrüdener noch lange auf Verhältnisse wie in Weissach oder Sechselberg warten müssen, trotz hoher Gebühren.
3. Erweiterung des Friedhofs Oberbrüden in das vorgesehene Wasserschutzgebiet (Trinkwasserquelle ist jetzt noch ca. 120 Meter von den Gräbern entfernt).
4. Entfernung eines Feldwegs und Ersatz durch einen Umweg für ca. 18.000 Euro.
5. Kauf von geringwertigem Land (Wert ca. 0,50 DM) für 130 DM, das als Bauland Ärger und mit Sicherheit Verluste einbringt, weil es keiner haben will.
6. Dem Gesetz widersprechende Entwässerung zur Trockenhaltung eines Gebäudes. Seitdem gibt es vertrocknete Bäume und weitere Schäden an der Natur.
7. Ablehnung eines Gehwegs gegen den Willen der Anwohner einer Straße in Oberbrüden. In anderen Teilen ist ein Gehweg selbstverständlich.
8. Nicht ausreichender Ausbau einer dringend benötigten Ausweichstraße.
9. Ablehnung der Richtigstellung einer falsch aussagenden Niederschrift.
10. Abbruch eines neuwertigen Gebäudes und dafür Sanierung eines alten und schlecht geeigneten Gebäudes.
11. Ausgaben in Höhe von ca. 3,5 Millionen Euro zur Schaffung von Bedingungen, wodurch die Feuerwehr an manchen Orten mit Sicherheit später eintrifft als vorher.
12. Ablehnung von Wassersperren am Hauptsammler der Kläranlage, wodurch der Natur Wasser davonläuft, obwohl zweckgebundenes Geld vorhanden ist, das nach dem Willen der Gemeinderäte für weniger wirksame Vorhaben verwendet werden soll.
13. Nichteinhalten der Vertragsbedingungen beim Zusammenschluss Auenwald (Feuerwehr und Schule Oberbrüden).

14. Verlegung eines Baches auf Kosten der Gemeinde (ca.100.000 Euro), damit private Bauplätze entstehen konnten. Hier hat man ca.100.000 Euro ausgegeben und die Straße gegen den Willen der Bauern so eng gemacht, dass zum Zeitpunkt der Müllabfuhr die Landwirtschaft warten muss, bis das Müllauto die Straße wieder verlassen hat. Außerdem gibt es bei Schnee erhebliche Probleme.
15. Für die Sanierung eines Brunnens wurden ca.100.000 Euro ausgegeben, obwohl eine Studie darauf hinwies, dass eine Sanierung keine Veränderung erwarten lässt.
16. In der Absicht, der Natur und der Landwirtschaft Schaden zuzufügen wurden ca.100.000 Euro ausgegeben. Es war allerdings bekannt, dass dieser Schaden schwierig nachgewiesen werden kann.
17. Frau Rückert hat im Gemeindeblatt geschrieben, die BWA habe sich gegen die UWA und FWA durchgesetzt, dass die Sportplätze weiterhin von der Gemeinde gemäht werden. Das war eine reine Lüge.
18. Gemeinderäte, die diese Entscheidungen mitgetragen haben, wurden von BM Ostfalk gelobt und geehrt. Wer so etwas gut heißt, ist mit in der Verantwortung.
19. Vor dem Gemeinderatsbeschluss über die Grundwasserabsenkung hat es die BWA abgelehnt, sich den Zustand der Natur von den Bauern zeigen zu lassen.

Das ist nicht alles.

Von allen diesen Entscheidungen kann so lange gesprochen werden, bis sie bereinigt sind bzw. Geschädigte entschädigt sind. Es ist nicht ungewöhnlich, wenn eine Schuld oder ein Missstand angemahnt wird, weil sie nicht bereinigt wurden. Was hier niedergeschrieben ist, sind keine aus der Luft gegriffenen Erfindungen. Jeder Gemeinderat, der Zuständen, die zum Teil reparabel sind, nicht widerspricht, ist für den Missstand mit verantwortlich.

Wenn Bürger wahrheitsgemäß über zu erwartenden Schaden und Nachteile, die von der BWA als stärkste Kraft mit zugefügt wurden, zuvor informiert werden, besteht kein Recht, sich zu beschweren. Es gibt die Möglichkeit, verschiedene Dinge zu reparieren und damit zu bereinigen.

Wer für so viel Unvernunft verantwortlich ist, sollte freiwillig zurücktreten. Doch man sorgt dafür, dass Bürger unwissend bleiben, präsentiert sich als vernünftig und lässt sich wieder wählen.

Gemeinderäte der BWA:

Klenk, Heinz  
Rückert, Ulrike  
Weber, Andreas  
Bäuerle, Karl  
Holzwarth, Eugen  
Klink, Manfred  
Stuhlmann, Horst  
Grüb, Wolfgang  
Mahler, Theo  
Beck, Jörg - ab 30.01.2012 –  
Fetzer, Bernd - ab Juli 2012